

Planzeichenerklärung

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)**
 - GE** Gewerbegebiet
 - GI** Industriegebiet
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)**
 - 2,4** Geschosflächenzahl
 - 0,8** Grundflächenzahl
 - u. NN** Die festgesetzten max. Höhen baulicher Anlagen beziehen sich auf die Höhe in Metern über NN der obersten Gebäudekante (First, Attika) und gelten auch für Werbeanlagen.
- 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)**
 - a** Abweichende Bauweise, siehe textliche Festsetzung Nr. 5
 - Baugrenze**
- 4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)**
 - Straßenverkehrsflächen**
 - Straßenbegrenzungslinie** auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- 5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 BauGB)**
 - Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen**
 - Versorgungsfläche Abwasser**
 - RRB** Regenrückhalte- und Versickerungsbecken
- 6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)**
 - Öffentliche Grünfläche**
- 7. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)**
 - Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**
 - Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**
- 8. Sonstige Planzeichen**
 - Denkbare Parzellierungen der Gewerbeflächen**
 - Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten der Stadt Hildesheim / der Versorgungsträger**
 - Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind**
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen**
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans**

Textliche Festsetzungen

- 1.a) Im Plangebiet sind nur Anlagen und Betriebe zulässig, deren Schalleistung einen flächenbezogenen Schallleistungspegel (L_W)
 - von 69 dB(A) tags (zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr) und
 - von 54 dB(A) nachts (zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr) im Industriegebiet, sowie
 - von 65 dB(A) tags (zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr) und
 - von 50 dB(A) nachts (zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr) im Gewerbegebiet je Quadratmeter Grundstücksfläche nicht überschreitet.
- b) Umverteilungen der flächenbezogenen Schalleistungspegel dürfen vorgenommen werden, bedürfen aber des Nachweises, dass dadurch keine Verschlechterung der Immissionsituation eintritt.
- c) Die Prüfung der Einhaltung des oben festgesetzten Geräuschkontingents erfolgt durch folgende Schritte:
 - Ermittlung der Geräuschemissionskontingente für eine Betriebsfläche an maßgeblichen Immissionsorten durch Ausbreitungsrechnung gemäß DIN ISO 9613-2 mit h₁ = 1 m, h₂ = 5,60 m und C_w = 0 dB (Mitwind-Situation)
 - Nachweis der Einhaltung der für die Betriebsfläche ermittelten Geräuschemissionskontingente durch eine Geräuschprognose des geplanten Betriebes nach der TA Lärm.(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (4) BauNVO)
- 2.) Im Gewerbegebiet und Industriegebiet ist Einzelhandel nicht zulässig. Der Verkauf an Endverbraucher kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn er nach Art und Umfang im eindeutigen Zusammenhang mit der Produktion, der Ver- und Bearbeitung von Gütern einschließlich Reparatur-, Dienst- und Serviceleistungen der Betriebsstätten steht. (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (5) BauNVO)
- 3.a) Innerhalb der festgesetzten Gewerbegebiete sind Wohnungen für Aufsuchts- und Betriebspersonal sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter, sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke, sowie Vergnügungsstätten unzulässig. (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (5) sowie § 2 (3) Nr. 1-3 BauNVO)
- b) Innerhalb der festgesetzten Industriegebiete sind Wohnungen für Aufsuchts- und Betriebspersonal sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter, sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke unzulässig. (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (5) sowie § 2 (3) Nr. 1-2 BauNVO)
- 4.) Die festgesetzten Höhen baulicher Anlagen beziehen sich auf die Höhe über NN der obersten Gebäudekante (First, Attika) und gelten auch für Werbeanlagen. (§ 9 (1) Nr. 1 und (2) BauGB i.V.m. § 16 (2) Nr. 4 BauNVO)
- 5.) Die abweichende Bauweise entspricht der offenen Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO mit Ausnahme der Gebäudedicke, die keiner Beschränkung unterliegt. (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 (4) BauNVO)
- 6.) Bis zum jeweiligen abschnittsweisen Weiterbau der Baurat-Köhler-Straße in den Planstraßen A und B ist am jeweiligen Ende des zuletzt erfolgten Bauschrittes eine Wendeanlage unter Einbeziehung von Teilflächen der Maßnahmenflächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur- und Landschaft zulässig. Die Inanspruchnahme von Teilflächen der Maßnahmenflächen ist auf das erforderliche Mindestmaß zu begrenzen. Angelegte Wendeanlagen im Bereich der Maßnahmenfläche sind sobald sie durch eine neue Wendeanlage ersetzt sind, zu enteignen und entsprechend der Festsetzung der Maßnahmenfläche (Textliche Festsetzung Nr.7) zu entwickeln. (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB i.V.m. § 9 (2) BauGB)
- 7.a) Die als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Böden, Natur und Landschaft festgesetzten Bereiche sind entsprechend der nachfolgend festgesetzten Maßnahmen und Entwicklungsziele zu nutzen, zu gestalten und zu pflegen. Für die gekennzeichneten Flächen werden folgende Maßnahmen und Entwicklungsziele festgesetzt:
 - Entwicklung einer Ruderalflur durch natürliche Sukzession mit ergänzender Anpflanzung einzelner niedrigwachsender Strauchgehölze (siehe Pflanzliste). Innerhalb der Fläche sind zur Aufwertung hinsichtlich des Schutzes von Tieren in der Feldflur, d.h.auch hier speziell vom Bodenbrütern etwa 2 % der gesamten Flächen dauerhaft als sogen. "Lehrackerfeld" zu unterhalten. Diese Flächen sollen jeweils etwa 6 m breit und 8 bis 10 m lang sein. Sie sind jeweils im März eines Jahres zu mähen und danach umgehend komplett umzubereiten. (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)
 - b) Innerhalb der gekennzeichneten Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, ist eine gezielte Versickerung von Niederschlagswasser nicht zulässig. (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB)
- 8.a) Die festgesetzten Flächen zur Anpflanzung sind gem. Pflanzliste mit Gehölzen flächendeckend zu begrünen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die Bepflanzungen sind im Bereich der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten festgesetzten Flächen zugunsten der Stadt sowie der Versorgungsträger mit diesen abzustimmen.
 - a) Auf den privaten Stellplatzflächen ist anteilig je angelegte 1-Lkw-Stellplätze bzw. je 6 Pkw-Stellplätze ein großkroniger hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen (siehe Pflanzliste). Die Bäume sind in offenen Planzbeeten von mind. 10 m² Größe zu pflanzen. Je Baum ist eine Pflanzfläche von mind. 8 m² nachzuweisen. Pflanzqualität: Mehrfach (mind. 3x) verpflanzte Solitärhochstämme aus extra weitem Stand mit durchgehendem Leittrieb, Drahtballierung mit Stammumfang > 18 cm.
 - c) Sämtliche Gewerbegrundstücke sind entlang der Erschließungsstraßen in einer Tiefe von 3,0 m als Grünfläche anzulegen. Gebäudezugänge und Grundstückzufahrten sind hiervon ausgenommen.
 - d) Im Verlauf der Planstraße A ist im Bereich des Parkstreifens alle 20 m ein großkroniger Laubbaum (1.Ordnung gem. Pflanzliste) in Planzbeeten von mind. 10 m² zu pflanzen. Die genauen Standorte sind nach Detailplanung auf die örtliche Situation (Grundstückzufahrten, Stellplätze im Straßenraum, etc.) abzustimmen. Pflanzqualität: Mehrfach (mind.4x) verpflanzte Solitärhochstämme aus extra weitem Stand mit durchgehendem Leittrieb, Drahtballierung mit Stammumfang > 25 cm. (§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)
 - e) Innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünfläche, besondere Zweckbestimmung Schutz- und Trennrain, sind notwendige Grundstückzufahrten in den erforderlichen Mindestmaßen zulässig.

Pflanzliste:

- Baumarten 1. Ordnung:
 - Spitzahorn (Acer platanoides)
 - Bergahorn (Acer pseudoplatanus)
 - Birke (Betula pendula)
 - Robuche (Fagus sylvatica)
 - Esche (Fraxinus excelsior)
 - Stieleiche (Quercus robur)
 - Traubeneiche (Quercus petraea)
 - Winterlinde (Tilia cordata)
 - Sommerlinde (Tilia platyphyllos)
 - Feldulme (Ulmus carpinifolia)
 - Bergulme (Ulmus glabra)
- Baumarten 2. Ordnung:
 - Feldahorn (Acer campestre)
 - Zitterpappel (Populus tremula)
 - Vogelkirsche (Prunus avium)
 - Elaeagnus (Elaeagnus argentea)
 - Flatterulme (Ulmus laevis)
- Baumarten 3. Ordnung:
 - zweigfrühter Weißdorn (Crataegus laevigata)
 - Wildpappel (Malus communis)
 - Wildbirne (Prunus communis)
- Straucher:
 - Kornelkirsche (Cornus mas)
 - Roter Harntriegel (Cornus sanguinea)
 - Haselnuss (Corylus avellana)
 - zweigfrühter Weißdorn (Crataegus laevigata)
 - einfrühter Weißdorn (Crataegus monogyna)
 - Pflaferbüschel (Eonymus europaeus)
 - gemeiner Liguster (Ligustrum vulgare)
 - Kreuzdorn (Rhamnus catharticus)
 - Faulbaum (Rhamnus frangula)
 - Hundsrose (Rosa canina)
 - Salweide (Salix caprea)
 - Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)
 - gemeine Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)
 - Schlehe (Prunus spinosa)
 - gemeine Brombeere (Rubus fruticosus)
 - gemeine Himbeere (Rubus idaeus)
- 9.) Innerhalb der festgesetzten Flächen für die Abwasserbeseitigung sind Anlagen zur Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser zulässig. Die Anlagen sind entsprechend der Vorgaben des Grünordnungsplanes naturnah zu gestalten. (§ 9 (1) Nr. 14 i.V.m. Nr. 20 BauGB)
- 10.) Versorgungsleitungen für Strom, Straßenbeleuchtung, Telekommunikation etc. sind als erdverlegte Kabel herzustellen. Freileitungen sind nicht zulässig. (§ 9 (1) Nr. 13 BauGB)
- 11.a) Die im Plangebiet festgesetzten "Öffentlichen Grünflächen"; Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Böden, Natur und Landschaft werden den durch die Herstellung der öffentlichen Verkehrsfläche verursachten Eingriffen in Natur und Landschaft zu 7,85 % und den durch die Bepflanzung der Baugrundstücke verursachten Eingriffen zu 92,15 % als Ausgleich zugeordnet. (§ 9 (1a) BauGB)
- b) Die Verteilung der Kosten für die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen erfolgt nach den Maßstäben der "Satzung der Stadt Hildesheim zur Erhebung von Kostenersatzbeiträgen nach § 135 a - c BauGB" . (§ 9 (1a) BauGB i.V.m. § 135 a Abs. 2 BauGB)

Hinweise

- ALTLASTEN UND ALTLASTENVERDACHTSFLÄCHEN**

Teile der Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs werden aufgrund der früheren und jetzigen Nutzungen im Altlastenkataster als Verdachtsflächen gelistet. Schädliche Bodenveränderungen sind derzeit mit Ausnahme von Teilflächen im Bereich der Altlastenabtragungen nicht bekannt. Können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Bei organisierten Auffälligkeiten im Rahmen von Baumaßnahmen ist die Untere Bodenschutzbehörde der Stadt Hildesheim zu kontaktieren. Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans gibt es mehrere Grundwasseremissionsstellen. Diese sind zu erhalten.
- KAMPFMITTELRAUMUNG**

Es ist davon auszugehen, dass in Teilbereichen des Plangebietes noch Bombenblindgänger vorhanden sind. Vor Beginn jeglicher Baumaßnahme ist daher die Gefahrentabakbehörde der Stadt Hildesheim zu beteiligen.
- BRANDSCHUTZ**

Mit dem Trinkwassernetz kann nur eine begrenzte Löschwasseremenge sichergestellt werden. Es ist daher seitens des Bauherrn zu gewährleisten, dass eine ausreichende Löschwasseremenge zu Verfügung steht.
- ARCHÄOLOGIE**

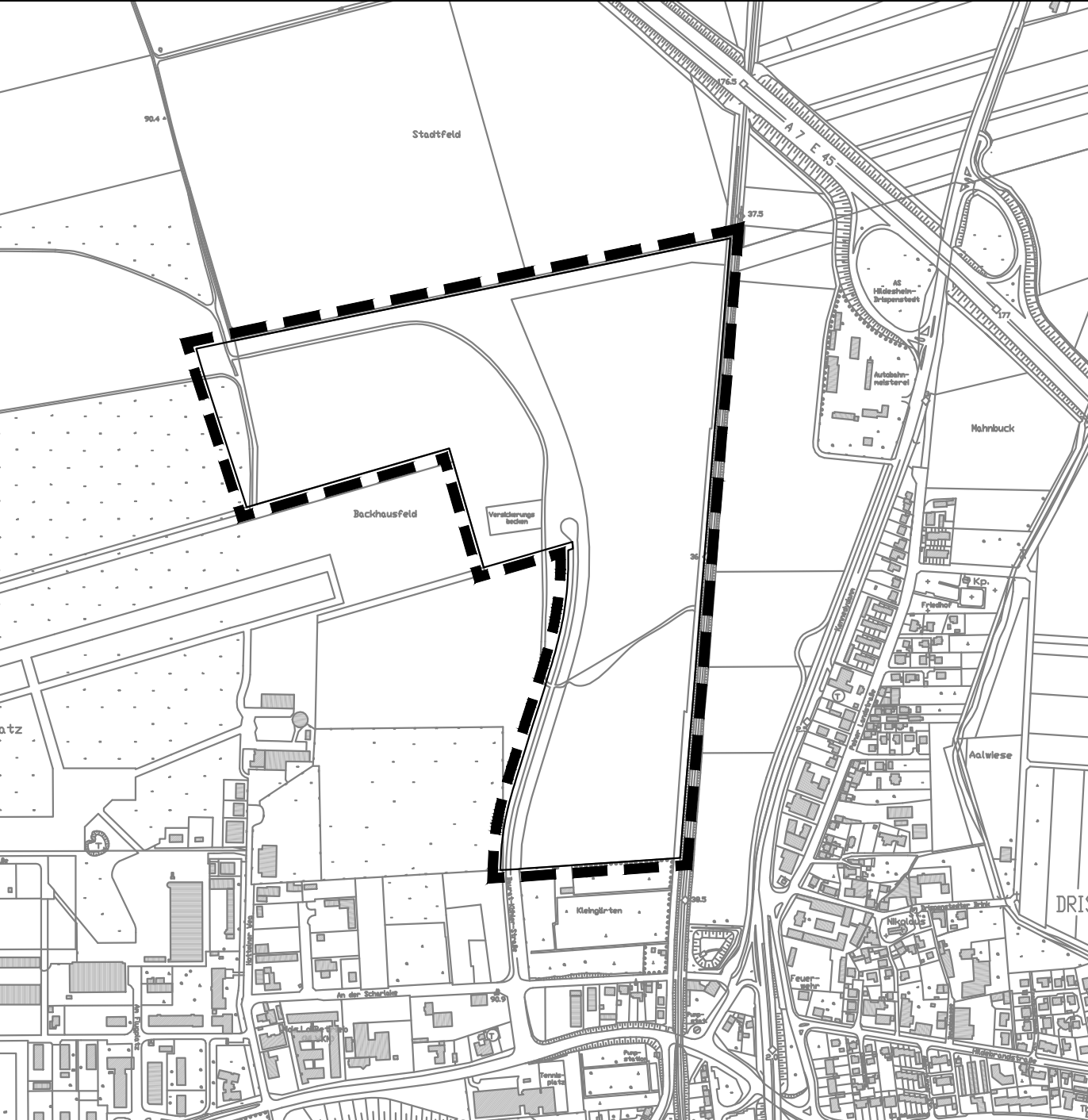
Da mit dem Auftreten archäologischer Funde und Befunde zu rechnen ist, bedürfen Erdarbeiten im Plangebiet einer denkmalrechtlichen Genehmigung gem. § 10 i.V.m. § 13 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDenSchG). Darin wird dem Träger u.a. zur Auflage gemacht werden, den Beginn der Erdarbeiten mindestens vier Wochen vorher schriftlich anzuzeigen, damit deren Beobachtung durch die archäologische Denkmalpflege stattfinden kann. Die Anzeige ist zu richten an die Niedersächsische Landschaft für Denkmalschutz - Sachverwalter, 1. 30175 Hannover mit Durchschrift an die Stadt Hildesheim, Untere Denkmalschutzbehörde, Markt 3, 31134 Hildesheim. Die Unterlassung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld geahndet werden.
- ARTENSCHUTZ**

Gehölze dürfen nur außerhalb des Zeitraums vom 1. März bis 30. September beseitigt werden. Müssen Gehölze beseitigt werden, so ist zuvor zu prüfen, ob diese als Brutplatz für einheimische Vogelarten dienen. Wenn dies der Fall ist, dann muss die Beseitigung auf einen Zeitraum verschoben werden, in dem eine Störung ausgeschlossen ist. (§§ 39 und 44 BNatSchG)
- ENTWÄSSERUNG**

Die weitere Konkretisierung und genaue Dimensionierung der festgesetzten Versickerungsanlage ist Gegenstand der späteren Ausführungsplanung durch den Vorhabenführer der Erdversickerung. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Lage, Tiefe und Ausdehnung der Versickerungsanlage sowie deren Auswirkungen auf die Abklagerung und das Grundwasser, die mit der Bodenschutzbehörde und der Unteren Wasserbehörde eng abzustimmen sind.

Die im Bebauungsplan gelegenen Grundwasseremissionsstellen sind zu erhalten. Sofern sie im Rahmen der späteren Realisierung des Bebauungsplanes entfernt werden müssen, sind sie in Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde an anderer Stelle neu anzulegen.

Die Planunterlage entspricht den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedingten Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand von ...). Die Planunterlage ist Bestandteil der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen gemäß der neuabgegrenzten Grenzen sollen einwandfrei in die Ortlichkeit übertragen.	Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.
Hildesheim, den Bereich Vermessung und Geodäsie	Hildesheim, den16.06.2011..... Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung
gez. Kasperl.....	gez. Warncke.....
Die Aufstellung dieses Bebauungsplans wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verordnungsausschuss der Stadt in seiner Sitzung am 10.12.2008 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 10.12.2008, in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterzeichnung und Eröffnung gem. § 2 Abs. 1 BauGB erfolgte am 11.12.2008 bis 10.01.2009, gleichzeitig bestand d. gem. § 2 Abs. 1 BauGB entgegen der Aufhebung und Eröffnung.	Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplans hat der Verordnungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 10.12.2011, zugestimmt und die Eröffnung gem. § 2 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Hildesheim, den30.06.2011..... Der Oberbürgermeister im Auftrage	Hildesheim, den30.06.2011..... Der Oberbürgermeister im Auftrage
gez. Warncke.....	gez. Warncke.....
Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 10.12.2011 bis 10.01.2012, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 10.12.2011 bis 10.01.2012, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.
Hildesheim, den10.01.2012..... Der Oberbürgermeister im Auftrage	Hildesheim, den10.01.2012..... Der Oberbürgermeister im Auftrage
gez. Warncke.....	gez. Warncke.....
Der Entwurf dieses Bebauungsplans wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgeschriebenen Anzeigen gem. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB gebildet. Die Betroffenen wurde in der Zeit vom 10.12.2011 bis 10.01.2012, Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.	Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB und § 40 Niedersächsischen Gemeindeordnung vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 10.12.2011, als Sitzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.
Hildesheim, den10.01.2012..... Der Oberbürgermeister im Auftrage	Hildesheim, den10.01.2012..... Der Oberbürgermeister im Auftrage
gez. Warncke.....	gez. Warncke.....
Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am 10.12.2011, im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 10.12.2011, rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.	Innere eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind keine Veränderungen von Vorhaben- oder Formvorschriften nach Verletzungen der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächenutzungsplans nach Maßstab des Abwägungsvertrages im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.
Hildesheim, den 10.01.2012..... Der Oberbürgermeister im Auftrage	Hildesheim, den 10.01.2012..... Der Oberbürgermeister im Auftrage
gez. Warncke.....	gez. Warncke.....



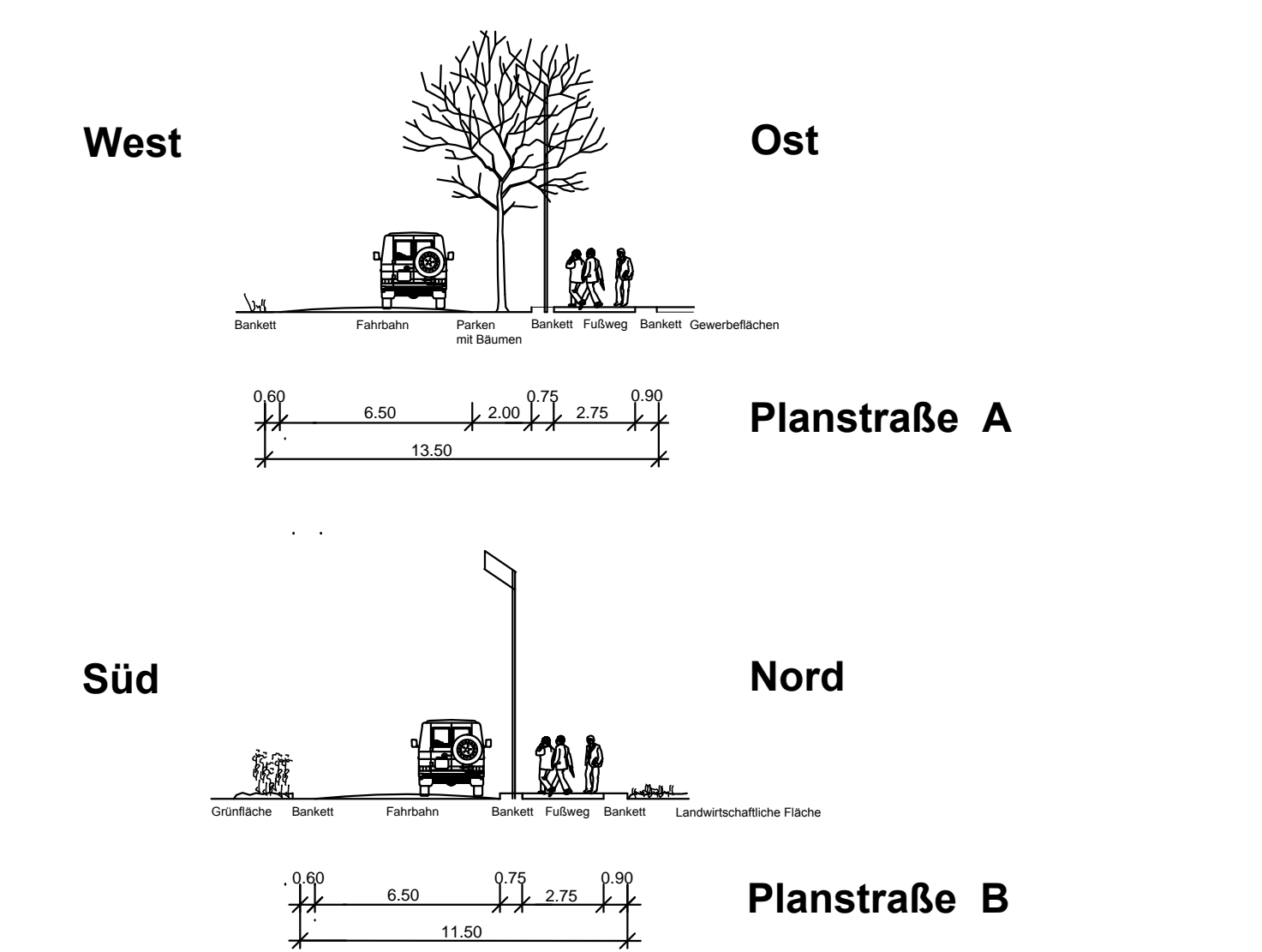
Übersichtsplan M. 1:10.000

Stadt Hildesheim

Bebauungsplan HN/DR 293 und Örtliche Bauvorschrift "Lerchenkamp - Ost"

Der Bebauungsplan HN 292 wird, soweit er vom Geltungsbereich des Bebauungsplans HN/DR 293 überdeckt wird, aufgehoben.

Geplanter Straßenquerschnitt M. 1: 250



Örtliche Bauvorschriften

- 1. Im Gewerbe- und Industriegebiet sind Werbeanlagen nur an der Stätte der Leistung zulässig.
- 2. Werbeanlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass eine Blendwirkung des Verkehrs ausgeschlossen ist.
- 3. Freistehende Werbeanlagen müssen einen Abstand von mindestens 3 m zu öffentlichen Flächen einhalten und dürfen eine Gesamthöhe von 6 m nicht überschreiten. Die Ansichtsfäche solcher Werbeanlagen darf maximal 8 m² groß sein.
- 4. Werbeanlagen über Traufhöhe oder Attika sind nicht zulässig. Unzulässig sind Werbeanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht. Innerhalb der Pflanzgebotflächen dürfen Werbeanlagen nicht aufgestellt werden.
- 5. Ordnungswidrigkeiten
 - das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).
 - Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).
 - Die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 10. Februar 2003 (Nds. GVBl. S. 89), zuletzt mehrfach geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2010 (Nds. GVBl. S. 475).
 - Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Oktober 2010 (Nds. GVBl. S. 462).

Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).
- Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).
- Die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 10. Februar 2003 (Nds. GVBl. S. 89), zuletzt mehrfach geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2010 (Nds. GVBl. S. 475).
- Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Oktober 2010 (Nds. GVBl. S. 462).